



GEW - Fraktion

im GESAMTPERSONALRAT SCHULE (GPRS)

beim Staatlichen Schulamt für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt

Rheinstraße 95
64295 Darmstadt

Hessischer Ministerpräsident
Boris Rhein
Hessische Staatskanzlei
Georg-August-Zinn-Str. 1
65183 Wiesbaden

Erst kein Gehalt und kein Landesticket - jetzt auch noch keine Energiekostenpauschale für die befristet beschäftigten Lehrkräfte

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Boris Rhein,

seit Langem beschäftigt das Land Hessen auf Grund des Lehrkräftemangels angestellte Lehrkräfte. Diese erhalten aber meist nur befristete Verträge, deren Laufzeit in den meisten Fällen weniger als ein Jahr beträgt. Das bedeutet für diese Kolleg*innen Unsicherheit über die Weiterbeschäftigung, oft Arbeitslosigkeit in den Sommerferien und weniger Vorbereitungsmöglichkeiten für den Unterricht im neuen Schuljahr. Diese skandalösen Verhältnisse sind seit Jahren bekannt und werden regelmäßig von der GEW-Hessen angeprangert.

Als ob es nicht genug wäre, hat nun ein großer Teil dieser Beschäftigten **kein Gehalt** für ihre Arbeit im September erhalten. Aus Sicht der GEW ist dies ein unhaltbarer Zustand.

Dies gilt ebenso für das **Landesticket**, welches zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV berechtigt und ein fester Bestandteil der Gehaltsstruktur ist.

Viele dieser Kolleg*innen sind verzweifelt und wissen nicht genau, wie sie die kommenden Wochen finanziell überstehen sollen. Immerhin müssen Miete und andere finanzielle Verpflichtungen des Alltags bezahlt werden. Für viele bedeutet dies, dass sie die Fahrtkosten vorstrecken und oft sogar einen Überbrückungskredit aufnehmen müssen, dessen Kosten sie selbst tragen.

Verschärfend kommt hinzu, dass die Verträge für dieses Schuljahr in der Regel erst ab dem 2. September gelten und diese Lehrkräfte daher auch aktuell keine Energiekostenpauschale erhalten!

Die GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat Schule am Staatlichen Schulamt für die Stadt Darmstadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg hält diese Vorgehensweise für unerträglich und fordert das Land Hessen auf, seine Pflichten als Arbeitgeber ernst zu nehmen und den Betroffenen umgehend ihr Gehalt bzw. zumindest einen Abschlag zu überweisen sowie **dafür Sorge zu tragen, dass die Energiekostenpauschale zeitnah bei allen ankommt.**

Letztendlich ist dies auch ein Ergebnis ihrer unsäglichen Befristungspolitik. Bei unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen wäre dies alles nicht passiert.

Andrea Zeiter
Thomas Gleißner

Anne Wernet
Matthias Warich